

AHV-Maximalrente nicht mehr erhöhen

CVP-Politiker beraten über die Zukunft ihrer Partei

Die tieferen AHV-Renten sollen noch angehoben, die maximale Rente von 1940 Franken aber nicht weiter erhöht werden. Diesen Vorschlag diskutiert die CVP an einer Klausurtagung.

Bern. – Spitzenvertreter der Christlich-demokratischen Volkspartei aus Bund und Kantonen beraten bis heute Samstag an einer zweitägigen Klausur über die Zukunft der Partei. Themen sind einerseits die Schwächen in Kommunikation, Führung und Organisation, andererseits die programmatischen Schwerpunkte. Über die Vorschläge entscheidet die Delegiertenversammlung im kommenden November.

Vorschläge zum Umbau der Sozialversicherungen

Programmatisch will sich die CVP auf drei Gebiete konzentrieren: die Stärkung der Familie, eine wettbewerbsfähige Wirtschaft mit sozialer und ökologischer Verantwortung sowie die Stärkung des Bundes, der Kantone und der Regionen. Die Arbeitsgruppe «Sachpolitik» unter Leitung des Schwyzer Ständerats Bruno Frick machte brisante Vorschläge zum Umbau der Sozialversicherungen:

- Der Mischindex, nach dem die AHV-Renten automatisch der Lohn- und Preisentwicklung angepasst werden, soll überprüft werden. Tiefe Renten sollen weiterhin erhöht werden, aber nur, wenn die Finanzierung gesichert ist. Die maximale Rente soll nicht mehr steigen.

- Künftig soll die Rente nicht mehr ab einem bestimmten Alter, sondern

nach 45 Beitragsjahren ausbezahlt werden.

- Die Arbeitslosenversicherung soll nicht mehr 70 oder 80 Prozent des letzten Lohnes als Taggeld für Ledige oder Verheiratete auszahlen, sondern ein Mindesteinkommen und Ergänzungsleistungen.

Neun politische Sprecher für bessere Medienauftritte

Die CVP will grössere Anstrengungen unternehmen, um mit Köpfen und klaren Positionen in den Medien präsent zu sein. Die Arbeitsgruppe «Zukunft der Partei» unter Leitung von Eugen David sieht ein Themen-Management vor. Neun politische Sprecher sollen dabei eine zentrale Rolle erhalten, von der Planung bis zu Stellungnahmen in der Öffentlichkeit. In zwei bis fünf Themen möchte die CVP als führend wahrgenommen werden. «Think tanks» sollen diese frühzeitig erkennen.

Das Parteipräsidium soll nach den Anträgen der Arbeitsgruppe «Statuten-Totalrevision» unter der Leitung des Obwaldner Nationalrats Adalbert Durrer verkleinert werden. Zwei bis vier Vizepräsidenten sollen dem Präsidenten zur Seite stehen. Der Parteivorstand mit seinen rund 80 Mitgliedern soll aufgewertet werden und künftig anstelle der Delegiertenversammlung die Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungen fassen. Die Delegierten würden nur noch einmal jährlich zusammentreten. Als neue Organisationsform sieht die Arbeitsgruppe eine Holdingstruktur, die einzelnen Gruppierungen mehr Eigenständigkeit erlaubt. (cl.)